

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Marie Schlei MdB, Vorsitzende des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, kommentiert Giscard's Treffen mit Breschnew: Keine Sensation, aber begrüßenswert.
Seite 1

Hans Krollmann MdL, Hessens Kultusminister, berichtet über den Ausbau der Elternmitbestimmung: Auf breiter Basis.
Seite 2/3

Jürgen Egert MdB bilanziert den 63. Deutschen Ärztetag: Die Mottenkiste hat Konjunktur.
Seite 4/5

Ingrid Stange fordert sorgfältige Wahl der Wörter: Die Sprache entmilitarisieren!
Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 96

21. Mai 1980

Beide Seiten müssen sich bewegen

Giscard's Warschau-Besuch keine Sensation, aber begrüßenswert

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises Außenpolitik der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Treffen wie das zwischen dem französischen Staatspräsidenten und dem sowjetischen Staats- und Parteichef in Warschau sollten weniger als Sensation, sondern als begrüßenswerter Vorgang angesehen werden. Es ist das schwierige Verhältnis zwischen den beiden Weltführungsmächten, das bei dieser Begegnung Pate gestanden hat. Deshalb sollte der "Warschauer Gipfel" auch als das betrachtet werden, was er ist: ein Beitrag dazu, den stockenden Ost-West-Dialog voranzubringen.

Niemand kann ein Interesse daran haben, in der gegenwärtigen Weltlage die Dinge laufen zu lassen. Sie werden dadurch nicht besser, abzuwarten und nicht zur Tagesordnung überzugehen ist nicht genug. Es gilt, konkrete Schritte für politische Lösungen einzuleiten.

Der EG-Vorschlag, einer Vereinbarung, "die es Afghanistan ermöglicht, sich vom Wettstreit der Mächte fernzuhalten und zu seiner traditionellen Stellung als neutraler und blockfreier Staat zurückzukehren", liegt noch immer auf dem Tisch. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages haben sich in ihrer Deklaration vom 15. Mai in Warschau für eine politische Lösung der Afghanistan-Krise ausgesprochen. Sie haben in der Iran-Krise an die Notwendigkeit erinnert, "daß alle Staaten ihre Verpflichtungen aus der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen strikt einhalten müssen". Sie haben ferner erklärt: "Verhandlungen über nukleare Raketenwaffen mittlerer Reichweite sind möglich" und die bekannte Bedingung wiederholt, daß der NATO-Beschluß vom Dezember "aufzuheben" oder zumindest "seine Verwirklichung auszusetzen" sei.

Worauf es jetzt vor allem ankommt, ist, das, was auf dem Tisch liegt, so zusammenzufügen, daß politische Lösungen zustandekommen können. Beide Seiten müssen sich dabei bewegen.

Afghanistan-Krise, Iran-Krise und Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen sind zwar jeweils auch als getrennte Vorgänge zu betrachten, aber ihnen gemeinsam ist die Dringlichkeit, Lösungsansätze auszumachen, damit sich Fehlentwicklungen nicht verfestigen.

Der Besuch des französischen Staatspräsidenten sollte unter diesem Gesichtspunkt als Versuch anerkannt werden, einen Ausweg aus der Krise finden zu helfen. Das westliche Bündnis wird keinen Schaden nehmen, wenn alle Möglichkeiten genutzt werden, die dazu dienen können, Verhandlungsmöglichkeiten aufzugreifen und abgerissene Fäden zusammenzubinden.

Printed in Bonn
by the Social Democratic
Press Service



Auf breiter Basis

Hessen baut die Elternmitbestimmung aus

Von Hans Krollmann MdL

Kultusminister des Landes Hessen

Einen weiteren Schritt nach vorn will Hessen bei der Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechts der Eltern in der Schule wagen. Ein entsprechender Gesetzentwurf, zu dem sich Elternvertreter und andere Interessengruppen bereits in ausführlichen und zum Teil kritischen Stellungnahmen zu Wort gemeldet haben, wurde vom Kabinett gebilligt und geht jetzt in die Parlamentarische Beratung.

Dabei sind die Rechte der Elternvertreter in Hessen bereits heute außerordentlich weitgehend: Das oberste Vertretungsgremium, der Landeselternbeirat, muß bei der Festlegung von Bildungszielen und Bildungswegen, bei Bestimmungen über die Aufnahme in weiterführende Schulen und wenn es um die Festlegung von Richtlinien für die Auswahl von Lernmitteln geht, um Zustimmung gebeten werden. Verweigert der Landeselternbeirat diese Zustimmung mit mehr als 2/3 der Zahl seiner Mitglieder, was in den letzten Jahren in einzelnen Fällen vorkam, so kann der Minister eine gegenteilige Entscheidung nur mit Zustimmung der Landesregierung treffen. Diese Rechtslage hat in den letzten Jahren nicht selten zu langwierigen und politisch zugespitzten Auseinandersetzungen geführt.

Trotzdem scheint es mir jetzt wichtig, die Elternmitbestimmung weiter auszubauen und die demokratische Legitimation der Elternvertretungen zu verbessern. Die Arbeit der Kreis-, Stadt- und Landeselternbeiräte in Hessen soll auf eine breitere Basis gestellt und die Rechte von Minderheiten sollen verbessert werden. So sieht es ein Gesetzentwurf vor, der jetzt vom Kabinett gebilligt wurde.

Die meisten Änderungen, die der Entwurf gegenüber den bisher geltenden Bestimmungen vorsieht, wurden aufgrund konkreter und praktischer Erfahrungen in der Elternarbeit gewonnen und entsprechen Forderungen, die von den Eltern, die sich gegen-



wärtig nicht repräsentiert fühlen, immer wieder vorgetragen wurden. Mit dem vorgelegten Entwurf soll der Versuch unternommen werden,

- die Vertretung der spezifischen Interessen der Erziehungsberechtigten ausländischer Schüler in den Schulelternbeiräten zu verstärken,
- durch eine Änderung des Wahlverfahrens bei den Kreis- und Stadtelternbeiratswahlen sowie bei den Wahlen der Delegierten für die Wahl des Landeselternbeirats für eine Verbesserung der demokratischen Legitimation Sorge zu tragen,
- die praktische Erfahrung von Elternvertretern "an der Basis" in die Arbeit der regionalen bzw. überregionalen Elternvertretungen durch eine sogenannte "Mandatsvorgabe" einzubeziehen (nur Mitglieder eines Schul-, Kreis- oder Stadtelternbeirats sind wählbar für die nächsthöhere Vertretungsebene; dies gilt auch für die Delegierten zum Landeselternbeirat),
- ein Anhörrecht der Schulelternbeiräte bei der Auswahl von zugelassenen Lehrbüchern gesetzlich festzuschreiben,
- im Interesse einer zügigen Abwicklung des Beteiligungsverfahrens dem Landeselternbeirat für seine Entscheidungen Fristen zu setzen.

Die Forderung des Landeselternbeirats, einen Schlichtungsausschuß für die Fälle vorzusehen, wo zwischen Landesregierung und Landeselternbeirat in Zustimmungsangelegenheiten keine Einigung zustande kommt, mußte aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken abgelehnt werden: Ein Schlichtungsausschuß stünde außerhalb der parlamentarischen Legitimation und Verantwortung und könnte deshalb kein Letztentscheidungsrecht in Bildungsfragen haben.

(-/21.5.1980/bgy/ca)

+ + +



Die Mottenkiste hat Konjunktur

Der 83. Deutsche Ärztetag konnte nicht überzeugen

Von Jürgen Egert MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Der 83. Deutsche Ärztetag, der in der vergangenen Woche in Berlin stattfand, hat enttäuscht. Hauptberatungsgegenstand waren die gesundheits- und sozialpolitischen Vorstellungen der Deutschen Ärzteschaft, das sogenannte "blaue Papier". Wer erwartet hatte, daß die Ärzteschaft mit richtungsweisenden Vorschlägen zur Weiterentwicklung unseres Gesundheitswesens aufwartete, der wurde schon im Vorfeld des Ärztetages eines besseren belehrt: Die den Delegierten dazu von der Bundesärztekammer an die Hand gegebene Beratungsunterlage war inhaltlich dürftig. Sie ging über Allgemeinplätze und ohnehin schon bekanntes kaum hinaus.

Zum Problemfeld des öffentlichen Gesundheitswesens etwa fand man die Aussage: "Ein leistungsfähiger öffentlicher Gesundheitsdienst ist Voraussetzung für das Funktionieren des gesamten Gesundheitswesens." Fürwahr, ein zutreffender Satz. Offensichtlich aber ist es etwas anderes, einen Zustand verbal treffend zu charakterisieren, als andererseits daraus auch die politischen Konsequenzen zu ziehen. Den Teil der Arbeit hat sich die Ärzteschaft in vornehmer Zurückhaltung erspart. Keine Aussage und kein Ratschlag, wie man den öffentlichen Gesundheitsdienst wieder funktionsfähiger gestalten kann, keine Aussage, welche zusätzliche, die Arbeit attraktiver gestaltende Aufgabe er übernehmen könnte. Die Reihe ähnlich gelagerter "Sachaussagen" läßt sich beliebig fortsetzen.

"Altbewährtes" wird wieder hervorgezaubert, mit neuem verbalen Anstrich versehen und der staunenden Öffentlichkeit als letzter Schrei verkauft. Der Griff in die gesundheitspolitische Mottenkiste hatte Konjunktur auf dem Ärztetag. Bestes Beispiel ist die Ärztetagsförderung nach einer Selbstbeteiligung des Patienten an seinen Krankheitskosten, die über den Krankenversicherungsbeitrag hinausgeht. Der Brisanz des Themas war man sich sehr wohl bewußt, man forderte ja auch "nur" eine Selbstbeteiligung mit sozialer Komponente, also eine Selbstbeteiligung, die soziale Ungerechtigkeiten vermeidet. Als ob man nicht genau wüßte, daß genau diese Forderung die nach



der Quadratur des Kreises ist. Es gibt keine Form der Selbstbeteiligung, die nicht gegen das tragende Prinzip unserer gesetzlichen Krankenversicherung verstößt: das des Solidarausgleiches. Gerade das Solidarprinzip jedoch ist die Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Für Sozialdemokraten gilt daher nach wie vor: Ein Krankenversicherungssystem mit Selbstbeteiligung oder Wahltarifen ist für uns unannehmbar.

Heftige Kritik hat auf dem Ärztetag die Novelle des Krankenhausfinanzierungsgesetzes gefunden. Das Motto war: "Lieber kein Gesetz als dieses." Uns Sozialdemokraten sind solche Töne aus der Diskussion um das Kostendämpfungsgesetz noch zu bekannt, als daß wir sie nicht als den Versuch wiederzuerkennen vermöchten, die politisch Handelnden auf das Glatteis zu führen. Die Kampagne gegen die Novelle des Krankenhausfinanzierungsgesetzes wird denn auch begleitet von der Drohung, wenn dieses Gesetz nicht aus dem Krankenhaussektor in die Empfehlungskompetenz der Konzertierten Aktion einbeziehe, würde auch die Ärzteschaft ihre Mitarbeit dort einstellen. Hier allerdings ist der Punkt, wo das Manöver der Ärzteschaft gegen das Krankenhausfinanzierungsgesetz durchsichtig wird. Es scheint, als wünschten einige Kreise in der Ärzteschaft nichts mehr, als daß dieses Gesetz scheitert, damit ihnen das Scheinalibi geliefert wird, aus der Konzertierten Aktion auszuschneiden. Die Kampagne gegen die Novelle des Krankenhausfinanzierungsgesetzes ist nichts weiter als eine dürftig verbrämte Kampagne gegen die erfolgreiche Konzertierte Aktion des Gesundheitswesens.

Es ist erklärtes Ziel der SPD, auch den Krankenhausbereich in die Konzertierte Aktion einzubeziehen. Sollte dieses Bemühen trotz intensiver Anstrengungen im Vermittlungsausschuß gegen die CDU/CSU-Bundesratsmehrheit nicht zum Erfolg geführt werden können, wäre die Novelle des Krankenhausfinanzierungsgesetzes am Widerstand der CDU-Länder gescheitert. Der Bund besäße kaum ein wirksames Instrument, Kostenfehlentwicklungen im Krankenhaus entgegenzuwirken. Wer aber vermöchte in diesem unbefriedigenden Zustand eine Rechtfertigung für die Ärzte sehen, nun Ihrerseits die Konzertierte Aktion zu verlassen? Einem solchen Argumentationstrick läge doch die Logik zugrunde, nach der es, wenn im Krankenhaus produzierte Kostenfehlentwicklungen schon nicht wirksam bekämpft werden können, auch den Ärzten erlaubt sein müsse, Kostenfehlentwicklungen zu produzieren, die nicht wirksam bekämpft werden können. Wenn der Krankenhausbereich durch Länderschuld aus dem Kostenruder läuft, muß auch der Ärztebereich aus dem Kostenruder laufen dürfen? Wer von den Versicherten und Patienten würde dies wohl verstehen?

(-/21.5.1980/ks/oa)

+ + +



Die Sprache entmilitarisieren!

Gerade jetzt ist die sorgfältige Wahl der Wörter notwendig

Von Ingrid Stange

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Betroffen gemacht hat mich, was der CDU/CSU-Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß in Berlin beziehungsweise München gesagt hat: "Die Mitglieder meiner Wahlkampfmannschaft dürfen die Risiken der Schlacht und die Gefahr von Blessuren nicht scheuen; nur damit sie nachher ohne Heftpflaster, mit sauber gebügelm Anzug und geputzten Stiefeln an der Siegesparade teilnehmen können. Mir sind diejenigen lieber, die in Kampfanzügen mitmarschieren, als diejenigen, die vier Monate die Siegesparade vorbereiten."

Unumstritten ist, daß die Sprache Ausdruck der geistigen Haltung des Sprechers ist. Deshalb ist es gerade in einer Zeit, in der viele Menschen Sorge um den Frieden bedrückt, wichtig, daß alle sorgfältig in der Wahl unserer Wörter sind.

Wie oft hören wir von einem Redner, wie wichtig die "Durchschlagskraft" der Argumente sei, die wir "in vorderster Front" benutzen. Streichen wir all die Ausdrücke aus der militärischen Sprache für den Umgang miteinander! Machen wir es auch dann, wenn etwas Sympathisches damit zum Ausdruck gebracht wird, nämlich wenn ein Herz "im Sturm erobert" wird. "Brechen wir eine Lanze" für nicht belastete Wörter, lassen sie uns "Vorreiter sein" für eine gute Sache.

Den Leitenden einer Gruppe müssen wir gewiß nicht als "Oberkommandierenden" ansprechen, genauso wenig, wie wir ihn oder sie "aus der Schußlinie" nehmen sollten, wenn wir die Person glauben schützen zu müssen. "Kanonenfutter" sollte niemand sein und niemanden sollten wir "aus vollen Rohren anschießen". Wir sollten "abrücken" von den künstlich aufgebauten "Feindbildern" und versuchen, mehr Toleranz in das Zusammenleben der Menschen zu bringen. Jederzeit für den Frieden einzutreten sollte unsere Aufgabe sein, ohne daß wir davon reden, eine "Friedensstreitmacht" aufzubauen. Die Begriffe Frieden und Streitmacht sollten nicht miteinander verbunden werden.

Gute Gedanken sind gut, auch wenn sie nicht wie "eine Bombe einschlagen". Es ist nicht nötig, daß wir von "Kriegsschauplätzen" reden und bei einer Wahl davon, daß "blutige Verluste hingenommen" werden mußten, die dann wieder in einer "Manöverkritik" analysiert werden.

Diese Beispiele lassen sich lange fortsetzen: Wie oft lesen oder hören wir vom "Gebot der Waffengleichheit" auf nicht strategischen Gebieten, wie oft wird eine "Vorhut gestellt" und mit "voller Kraft voraus" Ansporn gegeben. Es muß nicht sein, daß formuliert wird "Änderungen an der Steuerfront dürften keine Abstriche an der Lohnfront nach sich ziehen". Ich halte es für nötig, daß über unsere Sprache gesprochen wird, möchte aber nicht hören, daß es jetzt heißt: "Feuer frei" zur Diskussion. Ich wünsche mir, daß wir alle bewußt sprechen und die militärischen Ausdrücke bleiben, wo sie hingehören, beim Militär. Eine veränderte Sprache sollte Wirklichkeit werden, ohne daß "wir lange auf den Tag warten, an dem Kommißbrot Kuchen wird". (-/21.5.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

